

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

16. WP - 9. Sitzung

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 14. Sitzung

Europaausschuss

16. WP - 11. Sitzung

am Mittwoch, dem 23. November 2005 Uhr
im Sitzungszimmer 383 des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Umwelt- und Agrarausschusses

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Regina Poersch (SPD)

i. V. von Konrad Nabel

Sandra Redmann (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Günther Hildebrand (FDP)

Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

i. V. von Jürgen Feddersen

Thomas Stritzl (CDU)

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anwesende Abgeordnete des Europaausschusses

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Claus Ehlers (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Herlich Marie Todsén-Reese (CDU)

Anette Langner (SPD)

Hans Müller (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Anne Lütkes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Seite

Testphase des Netzwerkes des Ausschusses der Regionen für die Subsidiaritätskontrolle 5

- **Thematische Strategie zur Luftreinhaltung (KOM (2005) 446)**
- **Vorschlag für eine Richtlinie über die Luftqualität und saubere Luft in Europa (KOM (2005) 447)**

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Umdrucke 16/361 und 16/379

Der Vorsitzende des federführenden Ausschusses, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Testphase des Netzwerkes des Ausschusses der Regionen für die Subsidiaritätskontrolle

- **Thematische Strategie zur Luftreinhaltung (KOM (2005) 446)**
- **Vorschlag für eine Richtlinie über die Luftqualität und saubere Luft in Europa (KOM (2005) 447)**

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Umdrucke 16/361 und 16/379

St Rabijs geht zunächst auf das Verfahren der Testphase des Netzwerkes der Ausschuss der Regionen für die Subsidiaritätskontrolle ein. Er legt dar, das Kabinett habe die hier in Rede stehenden Themen am 22. November erörtert. Das Ergebnis dieser Beratungen sei dem Präsidenten schriftlich mitgeteilt worden. Eine fachliche Stellungnahme sei diesem Schreiben beigefügt. Anhängig sei das Thema auch im Bundesrat.

Die Landesregierung halte für die Luftverschmutzung einheitliche europäische Standards für notwendig. Dabei werde Wert auf ein vertretbares Kosten-Nutzen-Verhältnis gelegt.

Er macht sodann darauf aufmerksam, dass sich die Bundesregierung sowohl im Bundesrat positioniere als auch eine Stellungnahme gegenüber dem Landtag im Rahmen dieser Testphase abgebe. Das bedeute Doppelarbeit für die Landesregierung. Für sinnvoller hielte er es, wenn der Landtag von den Fachressorts entsprechende Einzelstimmungen abfordere.

Abg. Ritzek betont, der Landtag habe für eine Teilnahme im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips plädiert, um Mitsprachemöglichkeit zu haben. Das hier vorliegende Material biete diese Möglichkeit. Er weist darauf hin, dass der Zeitraum für die Abgabe einer Stellungnahme, nämlich sechs Wochen, sehr kurz befristet sei. Um eine derartige Stellungnahme abgeben zu können, sei eine Bewertung durch die Landesregierung hilfreich.

Abg. Höfs hält es für wichtig festzustellen, ob die fachliche Seite ausreichend berücksichtigt worden sei. Dazu fragt sie im Einzelnen, ob die vorgesehenen Mittel zur Erreichung des Ziels geeignet seien, ob sie gegebenenfalls über das zur Verwirklichung des Ziels notwendige Maß hinausgingen sowie nach den finanziellen Auswirkungen.

Abg. Harms regt an, dass die Landesregierung das Parlament über ihre Beratungsergebnisse informiert. Dieses könne darüber beraten, ob die Umsetzung der Maßnahmen praktikabel sei. Er fragt nach der Notwendigkeit der in Artikel 6 vorgesehenen Modellrechnung sowie nach der Erforderlichkeit des nach Artikel 27 zu errichtenden Ausschusses für Luftqualität.

Abg. Hentschel hält den Versuch, den Landtag im Rahmen der EU-Gesetzgebung zu beteiligen, für wichtig. Er regt an, ein Regelungsgerüst zu finden, das nicht nur eine formale Beteiligung des Parlaments ermögliche. Für wichtig halte er die inhaltliche Befassung mit den Vorlagen. Dazu sei es notwendig, bestimmte Fristen zu setzen. Diese sollten gegebenenfalls in der Geschäftsordnung geregelt werden. Des Weiteren äußert er Unverständnis darüber, dass eine Richtlinie, die in der Bundesrepublik erst zu Jahresbeginn in Kraft getreten sei, bereits zum jetzigen Zeitpunkt verbessert werden solle.

Abg. Fischer hält es für erforderlich, gegebenenfalls im Europaausschuss darüber zu debattieren, welches die Kriterien der Subsidiarität seien. Die Abgeordneten erwarteten eine möglichst frühzeitige Stellungnahme der Landesregierung, um reagieren zu können.

Nach den Worten von Abg. Rodust ist die heutige Sitzung ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie macht darauf aufmerksam, dass sich der AdR die Subsidiaritätskontrolle auf seine Fahnen geschrieben habe. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass der AdR jeweils zu Beginn des Jahres eine Arbeitszeitplanung veröffentliche. Hier seien die Parlamentarier gefordert, diese mit zu ihrer Arbeitsgrundlage zu machen.

Abg. Höfs weist nachdrücklich darauf hin, dass man sich derzeit in eine Testphase befinde. Auch sie hält die 6-Wochen-Frist für zu kurz.

St Rabijs geht zunächst auf das Verfahren ein. Er legt dar, die Landesregierung sei im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens des Bundes an Fristen gebunden. Aber auch er halte die Frist für die parlamentarische Beteiligung von sechs Wochen für das Regelwerk für zu kurz.

Er wiederholt, werde die Landesregierung durch den Präsidenten des Landtages um eine Stellungnahme gebeten, erfolge zunächst eine umfangreiche Abstimmung der Ressorts mit anschließender Kabinettsbefassung. Das bedinge einen weiteren Zeitverzug. Außerdem - so

wiederholt er - sei es eine Doppelbefassung, weil sich die Landesregierung auch im Bundesratsverfahren positionieren müsse. Deshalb hielte er es für besser, wenn sich der Landtag auf die Subsidiaritätsanalyse konzentriere und das jeweilige Fachressort konsultiere.

Er geht weiter auf die Frage des Abg. Harms zu Artikel 6 ein und merkt an, dass man vermutlich um eine Modellrechnung nicht herumkommen werde. Der Aufwand würde anderenfalls noch größer werden.

AL Dr. Euler geht auf die Luftqualität ein und führt dazu unter anderem aus, Nachprüfungen hätten ergeben, dass vielen Ländern die Feinstaubproblematik Kopfzerbrechen bereite. Es werde schwer, die Grenzwerte einzuhalten. Es sei das Bemühen erkennbar, Emissionen zu begrenzen. Erkennbar seien aber auch die bereits vorhandenen Belastungen.

Abg. Hentschel geht auf die Stellungnahme des Staatssekretärs ein. Er könne sich schwer vorstellen, dass einzelne Ausschüsse Stellungnahmen von den Ministerien einholten. Vielmehr halte er eine Stellungnahme der Landesregierung insgesamt für hilfreich. Dies sei auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass der Landtag durch einen Beschluss Einfluss auf die Stellungnahme der Landesregierung im Gesetzgebungsverfahren des Bundes nehmen könne.

Abg. Höfs wiederholt ihre Fragen, ob die Richtlinie nach Meinung des Fachministeriums verhältnismäßig sei und ob mit den vorgesehenen Mitteln das angestrebte Ziel erreicht werden könne.

St Rabiüs geht zunächst auf die Verhältnismäßigkeit ein. Sehe man sich das Strategiepapier in Gänze an, halte er es angesichts der Thematik insgesamt für durchaus verhältnismäßig. Die Landesregierung habe allerdings einige Kritikpunkte geäußert, wo sie keine Verhältnismäßigkeit sehe. Das sei beispielsweise die Frage der parallelen Messung von PM-Fraktionen. Insgesamt vertrete die Landesregierung die Auffassung, dass man mit dem vorgesehenen Instrument das Ziel der Luftqualitätsverbesserung erreichen könne.

Er wendet sich der Argumentation des Abg. Hentschel zu und gibt zu bedenken, dass die Stellungnahme des Landtages über den Ausschuss der Regionen unmittelbar in das europäische Netzwerk eingespeist werde, während sich die Landesregierung gegenüber dem Bundesrat positioniere.

Abg. Rodust warnt vor Kritik an dem vorgesehenen Zeitrahmen. Die Alternative wäre, dass sich das Parlament nicht an der Gesetzgebung beteiligen könne. Hier habe das Parlament zum

ersten Mal die Möglichkeit, über den Ausschuss der Regionen Einfluss auf die Gesetzgebung der EU zu nehmen.

Abg. Hentschel hält es für wichtig, ein praktikables Verfahren zu finden. Für relevant halte er es auch zu wissen, ob Landesregierung und Parlament in die gleiche Richtung gingen. Deshalb halte er eine Koordinierung für notwendig.

Der Vorsitzende des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses schließt die Diskussion mit der Bitte an den Europaausschuss, sich abschließend mit der Thematik zu beschäftigen.

Der Vorsitzende des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 14:50 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin